

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckamt: Riefaer Tagesblatt
Herausg. Nr. 22

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Reichen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkontor: Dresden 1598
Groschloß Riesa Nr. 52

Nr. 214.

Mittwoch, 13. September 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riefaer Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 95.— Mark ohne Bringerlohn. Einzelnummer 3.— Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Preis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Beile (8 Silben) 2.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufsatz, Nachwehungs- und Vermittlungsgebühr 3.— Mark. Festtarife. Gemäßigter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Wegen Reinigung bleiben am

Montag, den 18. September die im Erdgeschoss gelegenen Geschäftsräume des Gemeindeamtes Gröba (Spar- und Girokasse, Gemeindefasse, Steuerkasse und Einwohnereinsammler) und am Dienstag, den 19. September

die im Obergeschoss befindlichen Geschäftsräume (Registrierung, Standesamt, Wohnungsamt, Wohlfahrts- und Fürsorgeamt) geschlossen.

Die Anzeigen von Sterbefällen und Totgebürten haben am Dienstag, den 19. September 1922, vormittags von 8—9 Uhr im Zimmer 4 zu erfolgen. Gröba (Elbe), am 12. September 1922. Der Gemeindevorstand.

Die belgische Forderung.

Aus Brüssel wird gemeldet: Wie die Agence Reuilly, der seine in Brüssel anwesenden Kollegen über die Lage auf dem Laufenden gehalten hatte, beschlossen, von Deutschland die Bezahlung der am 15. August und am 15. September fälligen Zahlungen mit Schatzscheinen zu verlangen, die durch ein Golddebet sichergestellt werden sollen, das in einer der belgischen Regierung genehmigten Bank hinterlegt werden soll. Dienstag vormittags notifizierte der Minister des Äußeren Jarbar dem deutschen Geschäftsträger Dr. Landsberg den Beschluß der belgischen Regierung.

Die belgische Forderung, die deutschen Zahlungen mit Schatzscheinen durch die Deposition von Gold im Ausland zu sichern, findet bei den Berliner Blättern allgemeine Ablehnung. Nach Ansicht des „Tageblattes“ sei die Reichsregierung schon deshalb nicht in der Lage, das gewünschte Golddebet zu hinterlegen, weil die Reichsbank vor kurzem auf Wunsch der Entente in ein autonomes Unternehmen umgewandelt wurde, was zur Folge hätte, daß der Reichsregierung kein Eingriffsrecht in ihren Betrieb mehr zustehe. — Für die „Vossische Zeitung“ ist die belgische Forderung unannehmbar und undiskutabel. — Der „Vorwärts“ betont, daß der Weg, auf den sich die belgische Regierung begeben habe, nicht ohne schwere Bedenken ist. — Die „Germania“ stellt fest, daß nicht nur von deutscher Seite, sondern auch von einflussreichen maßgebenden Persönlichkeiten des Auslandes anerkannt worden sei, daß eine solche Lösung nicht in Frage kommen kann.

Lloyd Georges Reise nach Genf.

Der Londoner Berichterstatter des WPA, erklärt, daß Lloyd George entgegen den in der gestrigen Morgen- und Abendpresse verbreiteten Meinungen sich noch nicht endgültig entschlossen habe, ob er sich zur Völkerbundversammlung nach Genf begeben würde. Falls er sich hierzu entschließen würde, würde die Abreise wahrscheinlich Ende nächster Woche erfolgen. Lloyd George hat sich noch nicht entschieden, welche Fragen er in seiner Rede vor dem Völkerbund behandeln wird. Es steht außer Zweifel, daß eine Reise Lloyd Georges nach Genf der Erörterung nur einer ganz wichtigen Angelegenheit gelten würde.

Neuer meldet aus Washington, auf dem amerikanischen Schachman sei mitgeteilt worden, daß Großbritannien mit der Bezahlung der Zinsen seiner Kriegsschuld an die Vereinigten Staaten nicht beginnen werde, bevor Vorkehrungen getroffen werden für eine Fundierung der englischen Verpflichtungen an die Vereinigten Staaten in Höhe von 12 Milliarden Dollars.

Der Reichsanwalt über die deutsch-belgischen Verhandlungen.

Reichsanwalt Dr. Wirth gewährte am Montag mehreren ausländischen Pressevertretern eine Unterredung über den Verlauf der Verhandlungen mit Belgien, in der er folgenden bemerkte:

Die Deutsche Regierung hat ernstlich versucht, den Beschluß der Reparationskommission über die Vorauszahlungen dieses Jahres zu einem positiven Ergebnis zu machen. Sie ist sofort mit den Vertretern der belgischen Regierung in Verhandlungen eingetreten und hat Vorschläge gemacht, um die für Belgien ausstehenden Schatzwechsel zu garantieren. Dies war nicht leicht, da die Regierung als solche über besondere Sicherheiten nicht verfügt. Aber die autonome Reichsbank hat sich loyal zur Verfügung gestellt und sich bereit erklärt, die Schatzwechsel zu unterschreiben und damit zu garantieren. Sie stellt allerdings die Bedingung, daß die Laufzeit über 6 Monate hinaus verlängert werden müßte. Dies war notwendig für ein nach kaufmännischen Gesetzen und nach kaufmännischer Ehre handelndes Bankinstitut, weil die Reichsbank die Summe von 280 Millionen Goldmark nicht innerhalb 6 Monaten einlösen könnte. Die wirtschaftlichen und rechtlichen Nachteile hierüber sind den belgischen Vertretern mitgeteilt worden und auch den verbündeten Regierungen bekannt. Ferner war die deutsche Regierung bereit, mit der Industrie und den deutschen Privatbanken in Verhandlungen über eine subsidiäre Sicherheit einzutreten und auch die bereits bestehende Fälligkeit mit dem Ausland, besonders mit England, wegen Übernahme eines Teiles der Garantien zu einem positiven Ergebnis zu führen.

Die kaufmännische Grundlage für ein Abkommen mit Belgien im Sinne des Beschlusses der Reparationskommission war also gegeben, und wenn es nur nach kaufmännischen Grundregeln gegangen wäre, so wäre am letzten Sonnabend ein Abschluß erzielt worden. Wir hätten davon eine wesentliche Besserung der wirtschaftlichen und politischen Atmosphäre zu erwarten gehabt. Die Mark hätte sich aller Wahrscheinlichkeit nach gehoben und wäre auf Monate hinaus stabil geworden. Deutschland hätte sich für den schweren Winter einrichten können, und mit aller Ruhe hätte man die Vorbereitungen für die große Reparationskonferenz treffen können, von der die Ruhe Europas abhängt. Leider ist dies alles in Frage gestellt worden, weil die belgische Regierung an dem Schema des Beschlusses der Reparationskommission festhält. Der von sechsmonatigen Schatzwechseln

spricht. Ich kann die Entscheidung der belgischen Regierung nicht kritisieren, sondern nur bedauern, weil sie weder unseren Interessen noch den Interessen der allgemeinen europäischen Sache dient. Ich kann nicht glauben, daß sich die Reparationskommission einer Regelung widersetzt hätte, wie sie in den Verhandlungen mit den belgischen Vertretern vorgelesen war und wie sie von diesen selbst als möglich betrachtet wurde. Die Reparationskommission hat es auch jetzt noch in der Hand, das belgische Bedenken zu beseitigen, indem sie in eine Verlängerung der Laufzeit einwilligt. Dies wäre die einfachste Lösung der Lage. Aber man darf keine Zeit verlieren, denn in dem Zustand, in dem sich Deutschland befindet, bedeutet jeder Tag eine Verschlechterung der Finanzlage und damit eine Verminderung der Reparationskraft. Ich hoffe, daß die Wirkung der unentschiedenen Verhandlungen mit Belgien auf den Stand der Mark nicht allzu groß und nicht ruhmlos sein wird, und daß es gelingt, rasch zu einer Klärung der Situation zu kommen. Die belgischen Vertreter haben bemerkt, daß sie das größte Interesse daran haben, die Verschlechterung der Mark aufzuhalten. Dies wollen auch wir. Aber wenn dies erreicht werden soll, wenn vermieden werden soll, daß die Entwertung der deutschen Valuta irreparabel wird, so darf kein Tag mehr verloren werden. Die deutsche Regierung ist zu jeder Regelung bereit, die sie nach gewissenhafter Prüfung vor dem deutschen Volke vertreten kann. Aber sie müßte es ablehnen, Verpflichtungen auf sich zu nehmen, von denen sie überzeugt ist, daß sie nicht geleistet werden können und daß sie auch garricht der Förderung des Hauptzweckes dienen, nämlich der endgültigen Lösung der Reparationsfrage und damit der endlichen Beruhigung Europas und der Welt.

Die Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführern.

Im Reichswirtschaftsministerium fand am Dienstag erneut eine Aussprache der Gewerkschaftsführer und der Leitung des Reichswirtschafts- und des Reichsberufungsministeriums statt. Die Führer wiesen auf die bedauerlichen Härten hin, welche die Durchführung ihrer Forderungen auf Einschränkung des Verbrauchs und der Einfuhr nicht unbedingt lebenswichtiger Güter für die Arbeitnehmer mancher Gewerbe naturgemäß zur Folge hätte. Die Arbeitgeber hätten in Uebereinstimmung eingewilligt. Wenn seitens der Arbeitgeber das Gleiche für andere Schlüsselindustrien gefordert werde, so müßten die Arbeiter verlangen, daß auch die Arbeitgeber ihr Interesse angesichts der Not des Volkes zurücktreten lassen, daß Handel und Industrie in der Preisgestaltung Maß hielten und nicht dem Dollarkurs auf den Inlandsmärkten nachläßen. Der Reichswirtschaftsminister legte die von ihm inzmischen angeforderten volutarischen Entwicklung auf dem Gebiete des Außenhandels getroffenen Maßnahmen — Erhöhung der Ausfuhrabgabe, Beschränkung der Einfuhr von nicht lebenswichtigen Waren — dar, welche die volle Zustimmung der Gewerkschaftsführer fanden. Weitere währungsrechtliche Maßnahmen, wie Währung der Geld- und Kreditnot und eine stärkere Kontrolle des Devisenverkehrs, wurden mit den anderen zuständigen Stellen erörtert. Eine Bekämpfung der Preissteigerungen bzw. eine stärkere Erfassung der Einkommensteuer hat durchaus seine Billigung, während eine Ausgestaltung der Besteuerung des Luxusgewerbes die Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus zum Teil berechtigten Bedenken gegen sich haben würde und wohl auch nicht viel einbringen würde.

Der Reichsberufungsminister kam eingehend auf die Frage der Wiedereinführung der Abgabenwirtschaft zu sprechen und ging dann ausführlich auf die Aussichten unserer Ernährung ein. Die Reichsberufungsstelle habe für die nächste Zeit genügend Brotgetreide in Händen. Entspreche die Ablieferung auf die Umlage den Erwartungen, dann sei unter Berücksichtigung der Auslandskäufe die Versorgung bis zum Frühjahr 1923 sichergestellt. Die Kartoffelernte verpöche in allen Teilen Deutschlands sehr gut zu werden. Angesichts dieser Aussichten empfehle es sich nicht, heute mit Zwangsmassnahmen oder auch nur mit Einführung von Ration- oder Höchstpreisen vorzugehen. In der Zuckerberufung werde er für die kommende Erzeugung durch festere Zusammenschluß der Fabriken und des Handels, sowie durch Beschränkung des Einkaufs der Zuckerindustrien, für eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Mundvorräten demüht sein und er hoffe, es auch ohne Zuckerkarte dahin zu bringen, daß die Bevölkerung besser versorgt wird. Die Bestrebungen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung sehe er als seine vornehmste Aufgabe an. — Mit diesen Darlegungen schlossen die mehrtägigen Beratungen.

Der Reichsanwalt auf Urlaub. Wie der Berliner Lokalanzeiger mitteilt, beabsichtigt der Reichsanwalt, einige Tage auf Urlaub zu gehen. Sodas Wetzlarer Bauer die Verhandlungen mit den Gewerkschaften weiterführen dürfte.

Vertreterschaft von Betriebsräten. Die am 5. ds. Wts. vertagte Generalversammlung der Berliner Betriebsräte nahm Montag abend mit 156 gegen 125 Stimmen eine freigeberische Entscheidung an, die die Einberufung einer Vertreterschaft von Betriebsräten aus dem ganzen Reich anregt, die eine diskutable Grundlage für den Reichsbetriebsrätekongress schaffen soll. Die von der kommunistischen Opposition eingebrachte Entscheidung war mit der Annahme des obigen Antrages

erfolgt. Die Kommunisten kündigten an, daß sie selbstständig einen Reichsbetriebsrätekongress einberufen werden. Um Preistreiberien und Wucher einer schnellen gerichtlichen Aburteilung zuzuführen, hat das züringische Justizministerium besondere Maßnahmen getroffen. Die Polizei führt alle Verbrechen, die solcher Vergehen verdächtig sind, sofort einem Gericht vor. Jeder Fall wird sofort mündlich in möglichster Kürze erörtert. Dadurch soll auf schnellste Weise eine ausreichende Grundlage für einen Strafbefehl gegeben werden.

Arbeiterrevolte in München. In der Lokomotivfabrik Krauß in München versammelten sich Dienstag nachmittags auf dem Hofe die Belegschaft und forderte geschlossen von der Betriebsleitung die sofortige Ausschaltung eines größeren Selbstbetrages als Teuerungszuschuß. Da die Arbeiterchaft der Leitung gegenüber eine bedrohliche Haltung einnahm und den Direktor in das Büro einzuschließen versuchte, wurde Polizei gerufen. Einige Beamte in Zivil kamen in den Betrieb mit der Aufgabe, die Arbeiterchaft zu beruhigen. Dabei wurde ein Oberwachmeister von den Arbeitern angegriffen und am Kopf schwer verletzt; der Täter ist noch nicht ermittelt.

Ungeheure Teuerung in Saarbrücken. Nach einem Telegramm des „Tageblattes“ aus Saarbrücken beträgt dort eine ungeheure Teuerung. Es kostet Buder 190 Mark, Fleisch 260—300 Mark, Eier pro Stück 44 Mark, Milch pro Liter 67 Mark. Der Preis für ein vierstündiges Marktbrot ist 110 Mark.

Die schwierige Lage des Handwerks. Der Reichsanwalt empfing am Dienstag den Generalsekretär des Reichsverbandes des deutschen Handwerks Herrmann, der die immer schwieriger sich gestaltende Lage des deutschen Handwerks darlegte. Der Reichsanwalt erklärte sich bereit, zur Herbeiführung einer gründlichen Aussprache zwischen der Reichsregierung und dem deutschen Handwerk so bald als möglich eine Konferenz unter seiner, des Reichsanwalts, Leitung einzuberufen, an der neben den Vertretern des Handwerks die beteiligten Reichsressorts mitwirken werden.

Teuerungsmassnahmen des Reichsrats. Der Reichsrat erklärte sich in seiner gestrigen Sitzung mit einer Erweiterung der Grenze für die Versicherungspflicht in Krankenkassen auf 204000 Mark einverstanden und genehmigte eine Verordnung über Erhöhung der Teuerungszuschüsse und der Einkommensgrenze im Gelebe über die Teuerungsmassnahmen für Militärentmer.

Die Ententepolitik gegenüber den Türken.

Neuer erzählt, daß nach einem gestern abend spät aus Smyrna abgegangenen Telegramm alle britischen Untertanen, die die Stadt zu verlassen wünschten, eingeschifft worden sind. Entgegen anderslautenden Berichten bleibe das britische Konsulat geöffnet und werde von einer britischen Marineabteilung besetzt. Nachdem der türkische Oberbefehlshaber Garantien für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für den Schutz der Interessen aller Ausländer in der Stadt gegeben hat, sind die britischen Marinepatrouillen zurückgezogen worden. Es steht außer Frage, daß die Interessen der britischen Untertanen nur den britischen Behörden anvertraut werden.

Wie Neuer weiter berichtet, sind Mitteilungen zwischen den alliierten Regierungen ausgetauscht worden bezüglich der allgemeinen Linien der Politik, die befolgt werden soll und es kann angenommen werden, daß keinerlei Abweichungen von der allgemeinen Linie der Politik gegenüber den Türken, die am 1. März auf der Konferenz der Außenminister in Paris festgelegt wurde, stattfinden werde. Neuer erzählt weiter, es ist bereits durch eine gemeinsame Mitteilung klar gemacht worden, daß keinerlei Verletzung der neutralen Zone durch die Kemalisten gestattet wird. Eine Mitteilung über die allgemeine Politik ist nicht notwendig, da diese unverändert bleibt. Bezüglich der vorgeschlagenen Konferenz für den nahen Osten ist die britische Regierung, obwohl die Notwendigkeit für den Zusammentritt einer solchen Konferenz zu einem baldigen Zeitpunkt anerkannt wird, der Ansicht, daß der Augenblick für irgend eine Erörterung auf der für die Konferenz von Venedig vorgeschlagenen Grundlage nicht günstig ist. Die alliierten Regierungen werden eine Klärung der militärischen Lage abwarten, bevor sie irgend etwas Endgültiges in der Art einer allgemeinen politischen Konferenz vorschlagen. Die britische Regierung hat keinerlei offiziellen Bericht erhalten bezüglich der Meldung, daß die jugoslawische Regierung sich an Italien wegen Vertretung auf irgend einer solchen Konferenz gewendet habe. Aber ein derartiger Schritt sei bereits seit einiger Zeit als unvermeidlich anerkannt worden angesichts der Tatsache, daß die Frage einer Gemeinsamkeit zwischen den Türken und Bulgaren vitale Interessen Serbiens berühren würde. Man halte es nicht für unwahrscheinlich, daß andere Mächte, die auch direkt interessiert sind, ebenso handeln werden.

Die von Lloyd George angekündigte Note wurde gestern in Paris im Louvre durch den britischen Vizekanzler Lord Curzon überreicht. Die britische Regierung erklärt darin, daß sie auf die Mitgliedschaft der Alliierten bei der Verteidigung Konstantinopels und der Gallipoli Galtipoli rechte. Die britische Regierung schlägt vor, die Aufgabe der militärischen Besetzung für den Augenblick den alliierten Oberkommandierenden in Konstantinopel anzuvertrauen, ohne den noch zu treffenden Entscheidungen vorzugreifen, da die französische Regierung ebenso sehr de

Grundfragen der Freiheit der Meerengen zwei die die britische Regierung.

Der Gouverneur von Malta Lord Balfour ist in Konstantinopel eingetroffen. „Daily Chronicle“ schreibt: Es sei notwendig, deutlich zu reden. Ein großer Teil der Pariser Presse schreibt über die türkischen Siege als ob sie ein Triumph Frankreichs seien.

Der Pariser Vertreter der Regierung von Angora Ferid Bey erklärte in einer Unterredung mit einem Berichterstatter des „Daily Express“, die einzige Hoffnung für den Frieden im Orient sei, daß die britische Regierung einer bedingungslosen Wiederherstellung Adrianopels an die Türken und der Räumung Konstantinopels durch die Alliierten zustimme.

Die Türken erhöhen keinen Anspruch auf Mesopotamien; wenn aber die englische Regierung es ablehne, den Anspruch der Türken auf Adrianopel und die türkische Souveränität über Konstantinopel zurückzugeben, dann würden die Türken Mesopotamien überrennen und alles tun, was in ihrer Macht stünde, um den britischen Interessen entgegenzusetzen und die britische Herrschaft im Osten zu behindern.

Am Montag wurde in Jerusalem die Zeremonie der Proklamierung des britischen Mandats über Palästina abgehalten. Auf Aufforderung des arabischen christlichen Kommissars blieben die nichtjüdischen Juden geschlossen und die Handwerker legten als Ausdruck ihres Protestes die Arbeit nieder.

Der Vorfall in Oberkassel.

Nach einer Meldung des „Matin“ aus Brüssel kommen die Feststellungen des Obersten Nag, der vom Justizdepartement mit der Prüfung der in Oberkassel am Tatort gefundenen Munition beauftragt worden war, zu folgendem Schluss: Die auf der Straße gefundenen Patronenköpfe sind die von der Wistole System Colt abgeschossenen Kugeln, die Sergeant Stas in der Hand hielt, als er fiel. Die am Tatort gefundene Kugel ist von einer Wistole desselben Kalibers abgefeuert worden, wie die dem Sergeanten Stas gehörige es ist.

„Agence Belge“ meldet: Der Deutsche Botschafter, der sich zur Zeit des Vorfalls in Oberkassel in dem Cafe befand, ist verhaftet und dem Auditeur der Besatzungsarmee vorgeführt worden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Stückzahl aus Albanien. Der im Jahre 1915 als tot erklärte Schlosser Michael Schmitt ist jetzt nach achtjähriger französischer Gefangenschaft nach Weiskirchen zurückgekehrt. Der körperlich und seelisch abgemagerte Mann, dem inzwischen auch die Frau gestorben ist, sagt aus, daß er mit noch 85 Lebensgenossen in Albanien gefangen gehalten worden sei. Unter den Deutschen befand sich auch ein Gefangener mit zwei amputierten Beinen, 18 von den Gefangenen seien jetzt zurückgeschickt worden; die 17 letzten würden vorläufig noch nicht entlassen werden.

Erhöhte Belohnungen bei Aufklärung von Verbrechen. Die bisher vom preußischen Ministerium des Innern auf 5000 Mark beschränkte Summe zur Auslösung von Verbrechen für die Aufdeckung schwerer Verbrechen wird jetzt infolge der Geldentwertung erhöht werden. Der Minister des Innern ermächtigt jetzt in einer Verfügung die Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten im Einverständnis mit dem Finanzminister, künftige Belohnungen bis zum Höchstbetrage von 20000 Mark auszugeben.

Der Entwurf eines Reichsberufsausschusses. Die Vorbereitungen eines Reichsberufsausschusses, die längere Zeit ruhen mußten, sind jetzt im Reichsministerium des Innern wieder aufgenommen worden, nachdem in der schwierigen Finanzlage eine Verständigung mit den beteiligten Stellen zustande gekommen ist. Das Gesetz, von dem ein Referentenentwurf schon seit langem im Reichsministerium des Innern vorliegt, wird aller Voraussicht nach noch im Oktober in etwas abgeänderter Form den maßgebenden Körperschaften vorgelegt werden.

Dr. Stresemann über die politische Lage. Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, sprach am Sonntag nachmittag in einer sehr stark besuchten Versammlung der Deutschen Volkspartei Königsberg über die politische Lage. Der Redner erklärte, England kämpfte in Paris für ein langfristiges Moratorium, Frankreich dagegen. Dr. Stresemann habe nicht die Auffassung, daß die letzten Verhandlungen in Paris mit dem Sieg der französischen Ansicht geendet hätten. Stresemann glaubt, daß der Stinnes-Vertrag eine zeitweilige Zurückstellung der französischen politischen Absichten mit herbeigeführt hat, und nahm Gelegenheit, seinen Parteifreund Stinnes warm zu verteidigen. Ueber die Sanktionspolitik kam Stresemann auf die Folgen der Markentwertung zu sprechen und betonte, daß dem Verfall entgegenzuarbeiten werden müsse, nicht allein durch Geldemissionen, sondern vielmehr durch geistige Kräfte. Freudige Staatsbejahung, wie sie der preussische Kultusminister Voelckh von der Jugend verlangte und weshalb er angegriffen wurde, ist die Grundforderung. Katastrophenspolitik bringt uns nicht weiter. Drei Richtungen führen den Gesundungsprozess: Die Kommunisten bemühen sich, die Rechtsradikalen unbewußt, die schlimmsten Folgen der Geldentwertung sieht Stresemann in der Zerrung der kulturellen und wirtschaftlichen Mittelschichten. Das einzige, was unsere Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht bringt, ist die Produktionssteigerung durch Arbeitsvermehrung. Stresemann rechtfertigte dann in längeren Ausführungen die Haltung der Volkspartei bei der Behandlung des Gesetzes zum Schutze der Republik, indem er betonte, die Kompromisspolitik sei zurzeit die einzig mögliche Politik für jede Partei. Trotzdem aber brauche niemand gewisse Grundzüge aufzugeben, weil ja auch die Volkspartei — das habe er oft klar und deutlich erklärt — die Frage der monarchischen Staatsform nur zurückgestellt habe, weil ihr das Wohl des Vaterlandes über die Partei gehe.

Deutsche Protokolle gegen die Verhaftung des Regierungsdirektors Dr. Brange in Wiesbaden. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete hat in der Angelegenheit der Verhaftung des Regierungsdirektors Dr. Brange in Wiesbaden der Rheinlandkommission eine Note zugehen lassen, in der er im Auftrag der deutschen Regierung die Rheinlandkommission bittet, ihn unverzüglich darüber zu unterrichten, welche Verhaftungsmaßnahmen gegen Herrn Brange erhoben werden und auf welche Tatsachen sich diese Verhaftungsmaßnahmen stützen. Weiter heißt es in der Note: Meine Regierung hat mich beauftragt, gegen die Verhaftung des Herrn Brange feierlich Vermahnung einzulegen und der bestimmten Erwartung Ausdruck zu geben, daß die Rheinlandkommission ihren ganzen Einfluß ausbieten wird, um seine alsbaldige Freilassung zu bewirken und das Herrn Brange zugefügte Unrecht wiedergutzumachen.

Verurteilung eines Führers vom Bund Oberland. Nach Blättermeldungen aus München wurde der Hauptmann Römer vom Bund Oberland durch das Münchener Volksgericht zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er zur Aufbesserung der schlechten Geldverhältnisse des Bundes einige Mitglieder außerordentlich hatte, einen fremden Kraftwagen, der nach Oberammergau fuhr, zu überfallen und die Insassen zu berauben.

Tagung des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege. In Frankfurt a. M. begann Montag die Tagung des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege. Wichtigster

Beratungsgesamtstab in die Wohnung des Professors Dr. Morgenroth beriefte, daß in Berlin a. S. 1130 Familien im Keller und 22 800 in Kellern von höherem Umfang als Gefängniszellen wohnen. Ueber die Folgen dieser katastrophalen Zustände, die Millionen an Volksgesundheit jeden Tag aufbrauchen und mühen bei der Zusammenpackung der Bevölkerung in Räume völlig verschwinden. Die sittlichen Folgen seien nicht minder verheerend.

Die neuen Postgebühren vom Reichsrat angenommen. Der Reichsrat hat die neuen Gebühren bei der Post, dem Telegraphen- und Fernsprechverkehr ohne Erörterung einstimmig angenommen. Damit wird u. a., wie schon vor einigen Tagen mitgeteilt, der einfache Fernbrief vom 1. Oktober ab kosten 6 M., die Fernpostkarte 3 M., ein 5 kg-Brief in der Richtung 30 M., in der Rückrichtung 20 M. Postminister Giesberts bemerkte nach Annahme der Vorlage, hiermit sei der Defizit in der Reichspostverwaltung noch nicht abgedeckt, es bleibe rechnungsmäßig wahrscheinlich noch ein Fehlbetrag von 15—20 Milliarden. Dann vertrat er sich noch im einzelnen über die Gesichtspunkte, die für die Festlegung der neuen Gebührensätze maßgebend waren und erörterte im Anschluß daran die bereits bekannten Grundzüge der Reichspostverwaltung in den Tragen der Verkehrsvereinfachung und der Personalpolitik.

Ein Brief Hindenburg an den Kaiser. Die Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande veröffentlicht (in Nr. 86) folgenden Brief Hindenburg an den Kaiser: „Aberdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser! Allerhöchster Kaiser, König und Herr! Für den von Eurer Majestät am 1. Oktober 9. November auf Grund des einstimmigen Beschlusses sämtlicher beauftragter Berater gefassten Entschluß, ins Ausland zu gehen, trage ich die Mitverantwortung. Wie ich bereits früher näher begründet habe, drohte ernstlich die Gefahr, daß Eurer Majestät über kurz oder lang von Meineren aufgehoben und dem inneren oder äußeren Feinde ausgeliefert würden. Solche Schmach und Schande mußte dem Vaterlande unter allen Umständen erspart werden! Aus diesem Grunde habe ich im Vortrag am 9. November nachmittags in unserer aller Namen den Heertritt nach Holland, den ich damals allerdings nur für einen vorübergehenden hielt, als äußersten Ausweg empfohlen. Noch heute bin ich der Ansicht, daß dieser Vorstoß der richtige war. Daß ich am 9. November abends zur sofortigen Abreise gedrängt wurde, ist ein Irrtum, der kirchlich gegen meinen Willen öffentlich erwähnt worden ist. Für mich besteht kein Zweifel darüber, daß Eurer Majestät nicht abgereist wären, wenn Allerhöchstdiesem nicht geglaubt hätte, daß ich in meiner Stellung als Chef des Generalstabes diesen Schritt für den im Interesse Eurer Majestät und des Vaterlandes gebotenen annehme. Schon in dem Protokoll vom 27. Juli 1919 ist ausgesprochen worden, daß ich von Eurer Majestät Abreise erst Kenntnis erhielt, nachdem sie ausgeführt war. Eurer Majestät bitte ich am Schluß dieser Darlegung ererbietig nochmals zu versichern zu dürfen, daß ich mein Leben lang in unbegrenzter Treue zu meinem Kaiser, König und Herrn stehenden habe und stehen werde und daher auch immer und überall die Mitverantwortung für den Entschluß am 9. November zu tragen gewillt bin.“

Frankreich. Der Abgeordnete Perriot ist Dienstag vormittag nach Rußland abgereist.

Amerika. Ein ausgeliefertes deutsches U-Boot versenkt. Reuter meldet aus Washington: In Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages, wonach ausgelieferte deutsche Unterseeboote zu versenken sind, hat die amerikanische Flotte das Unterseeboot 111 an der Küste von Virginia versenkt.

Deutsches und Sächsisches.

Riesa, den 13. September 1923.
Eine Verordnung über Lebens- und Landwirtschaft hat eine Verordnung über Lebensmittel verfallen, die den Zweck verfolgt, eine unter den heutigen Verhältnissen unzumutbare Verwendung von Zucker, Stärke und Obst zu unterbinden. Die Verordnung bestimmt mit sofortiger Wirkung, daß bis auf weiteres Inlandszucker zur Herstellung von Schokolade, Süßigkeiten, Branntwein, Likören und Schaumwein nicht mehr geliefert werden darf. Auch die Erfüllung noch laufender Verträge über Lieferung von Inlandszucker für diese Zwecke ist verboten. Nachgelassen ist lediglich, daß die bei den Verbrauchern noch vorhandenen Bestände an Inlandszucker noch ausgebeutet werden dürfen. Bemerkenswert ist hieraus, daß die genannten Industrien schon seit langer Zeit überwiegend Inlandszucker verwenden. Durch weitere Vorschriften ist auch die Herstellung von Branntwein eingeschränkt worden. Das geeignetste Mittel zur Erspargung von Rohstoffen bei der Bierherstellung ist die Verabreichung des Stammwürzegehalts des Bieres, weshalb die Herstellung von Starbier verboten wird. Es ist ferner angeordnet worden, daß Vollbier von 9—13 % Stammwürzegehalt, soweit sie mehr als 10 % Stammwürze-

Getäuschte Hoffnungen.

Roman von Ewald Aug. König.

40

„Nun, dann wird sich wohl etwas anderes für ihn finden“, sagte der alte Mann, nachdem er den letzten Spargel durch die Zähne gezogen und seinen Teller zurückgeschoben hatte. — „Aber, das hat prächtig geschmeckt, Anna“, fuhr er mit einem tiefen Atemzuge fort, „wirklich ganz ausgezeichnet.“

„Dora soll Dir nun auch Spargel vorsehen, Papa“, erwiderte die junge Frau, „sie weiß wahrscheinlich nicht, daß sie Deine Lieblingspeise ist.“

„Dora beschwert sich immer darüber, sie könne mit ihrem Haushaltsgelde nicht auskommen; ich glaube, sie gibt zu viel für ihre Garderobe aus.“

Der Umgang mit dem Herrn Baron zwingt sie ja zu solchen Ausgaben“, warf Friedberg ein, ohne den wachsenden Blick seiner Frau zu beachten. „Du solltest ihr diesen Verkehr ernstlich verbieten, er kann zu keinem guten Ende führen; wir haben alle schließlich nur Kummer davon.“

„Verbieten?“ wiederholte Bröllinger achselzuckend. „Verbieten einmal einem Mädchen etwas, so geschieht hinter Deinen Rücken doch, und dann ist es nur um so schlimmer. — Was hast Du eigentlich nur gegen den Baron? Soweit ich ihn kenne, ist er ein Ehrenmann, und wenn er sich mit Dora verlobt, so hat sie eine glänzende Zukunft, die ich ihr gerne gönne.“

„Dieser Verlobung würde nie ein Hochzeit folgen.“

„Was, das hat Dir Onkel Rudolf eingegeben, er steht immer zu Schwarz, und ich glaube, er würde anders urteilen, wenn seine eigene Tochter eine gute Partie machen könnte. Deshalb soll denn nicht ein Adeliger ein bürgerliches Mädchen heiraten dürfen? Unsere Familie ist durchaus ehrenhaft, nicht der letzte Pfennig ruht auf unserem Namen, wir haben nur kein Vermögen, und darüber kann ein reicher Herr hinwegsehen.“

„Jawohl, wenn dieser Herr selbständig ist“, sagte Friedberg unwillig; „andere aber liegen die Dinge, wenn der Herr von dem Willen seines Vaters abhängt. Der alte Baron wird nie eine Bürgerliche als seine Schwiegertochter anerkennen, er

hat seinem Sohne eine andere Braut bestimmt, und der Sohn muß gehorchen, wenn er das Majorat haben will. Was ergibt sich daraus für Dora?“

„Nichts“, war ihr große Hoffnungen einflößen könnte“, sagte Anna, „unter solchen Verhältnissen muß auch ich abtreten und warnen. Dora behauptet freilich, Baron v. Goldbach liebe sie, und wenn er sein Wort ihr verpöndet, so werde er es auch einlösen. Aber wenn ich an die furchtbaren Kämpfe denke —“

„Dieses Kind, kämpfen müssen wir alle“, unterbrach ihr Vater sie, „der Kampf um das Dasein bleibt wenigen erspart, allem mit Mut und Ausdauer gelangt man immer ans Ziel. Und in Herzensangelegenheiten soll man nicht raten, das Menschenherz folgt ja doch immer nur der eigenen Stimme. Deshalb wollen wir uns jetzt schon den Kopf geraden? Lassen wir die Dinge an uns heranreifen, Dora ist verständig genug, sich nicht betören zu lassen.“

Wenn Du so denkst, dann freilich sind alle Warnungen überflüssig“, sagte der Rechtsanwalt mit wachsendem Keizer. „Ich gestehe Dir offen, daß ich von dem Verstand Doras nicht viel halte, desto mehr aber von ihrer Eitelkeit, und das ist die Klippe, die mich besorgt macht. Baron Goldbach ist ein leichtsinniger Mensch, ihm liegt wenig daran, ob das Mädchen durch ihn unglücklich wird.“

„Na, na, Mag!“ fiel der alte Mann ihm in die Rede. „Du hast noch keine Ursache, so scharf zu urteilen. Der Baron ist mit uns befreundet, er muß doch auch auf uns Rücksicht nehmen, ich teile Deine Besorgnisse in keiner Weise. Daß uns nicht weiter darüber reden, nach der vortrefflichen Maßzeit möchte ich nicht gerne meine Wille in Erregung bringen, zumal seine Notwendigkeit dazu vorliegt. Man muß immer das Beste hoffen; kann Dora Baronin Goldbach werden, so lasse ich nicht ein, weshalb sie auf das große Glück verzichten sollte.“

Er hatte bei den letzten Worten sich erhoben, das gewünschte ruhige Mädchen umspielte wieder seinen Sippen.

„Nun will ich gehen und daheim mein Schicksal halten“, sagte er, indem er seiner Tochter die Hand reichte, „besten Dank für das inkonsequente Maß, ich werde nächstens mich entschließen.“

„Rückwärts, wenn er das große Los gewonnen hat!“ knurrte der Rechtsanwalt, als die Tür hinter seinem Schwie-

gerater sich geschlossen hatte. „Ich fürchte, Onkel Rudolf behält Recht, dieses Hoffen und Harren bringt den alten Mann noch um den Verstand, ganz klar ist es in seinem Kopfe schon jetzt nicht mehr.“

„Woraus willst Du das schließen?“ fragte seine Frau bestürzt.

„Er steht den Abgrund nicht, dem Dora aufschreitet.“

„Der Abgrund? Nein, Mag, daran glaube ich auch nicht.“

„Wenn der Baron ihr Leben für immer vergiftet, so ist das wohl das Beste“, erwiderte er achselzuckend, „ich habe nun auch den Freiherrn Paul v. Goldbach kennen gelernt, Herz und Gemüt streite ich ihm ab, wie es mit seinem Gewissen bestellt ist, weiß ich noch nicht.“

„So wollen wir, wie der Vater sagt, das Beste hoffen.“

„Sagte Anna; „auf meinen Rat hört Dora nicht, ich habe nie Einfluß auf sie gehabt und kenne auch den Baron zu wenig, um meine Warnung begründen zu können.“

„So müssen wir eben die Dinge ihren Gang gehen lassen“, sagte er, während er sich langsam der Tür näherte, „ich habe meine Pflicht getan und brauche mir später keine Vorwürfe zu machen.“

Damit ging er hinaus, und nachdem er in seinem Kabinett einige Klienten abgefertigt hatte, die bereits auf ihn warteten, verließ er das Haus, um mit den Nachforschungen im Hofhofe „zur Traube“ zu beginnen.

8. Kapitel.

In dem unsauberen Wohnzimmer der Frau Schlaw saßen bei beiden Schwestern einander gegenüber, auf dem Tische zwischen ihnen stand eine Weinschale, der ein starker Spirituskunst entzündete, und das rote Gesicht, wie der glatte Blick der Wärterin bekundeten deutlich, daß sie dieser Sprache wader zugesprochen hatte.

„Nun, sag' Dir hin, Christine“, sagte die bide Wirtin, die ihre Schwester mit lauerndem Blick betrachtete. „Heute abend beginnt der Dienst wieder.“

„Ich was, Dienst!“ fiel die Wärterin ihr in die Rede. „So! der Centner die Blodereien! Was hast du davon? Nur das dicke Essen und Trinken und ein paar Lumpige Groschen. Und wenn ich verschliffen bin, wird die Tür mit vor der Nase anzuwerfen, und ich kann leben, wo ich bleibe!“

gehalt haben, nur bis zur Höchstmenge von einem Viertel des gesamten Ausstoßes der Braueren in einem Lager berechnete werden dürfen. Um das Obst in erster Linie der Feilungsverwertung und der Dampfabfertigung auszuführen, ist endlich die Herstellung von Branntwein aus Obst verboten worden. Nur für Obst, das für die menschliche Ernährung ungeeignet ist oder anders nicht verwendet werden kann, ist die Verarbeitung auf Branntwein im Ausnahmewege zugelassen. Anlässlich der gegenwärtigen außerordentlich schwierigen Ernährungsverhältnisse erscheint es angebracht, für die Herstellung von Branntwein aus Kartoffeln, obwohl die diesjährige Ernte größer als die des vergangenen Jahres zu werden verspricht, die gleiche weitgehende Beschränkung wie im Vorjahre vorzuschreiben.

Ein Schaufenster erbrochen. In der Nacht zum 18. d. M. ist in dem Geschäft von Tropolow Nachh. hier, Hauptstr. 43, ein Schaufenster erbrochen worden, wobei die nachfolgenden verzeichneten Gegenstände gestohlen worden sind: 1 hellblaues Männerportobomb mit abknöpfbarem und gleichfarbigem Stebumlegebogen und Manschetten, 1 weiteres graues Männerportobomb mit dunklen Manschetten, 2 hellblaue Männerportobomb mit Schürzen und Manschetten, Wert insgesamt etwa 1800.— Mark, etwa 6 weiße Taschentücher mit bunter Kante, Wert 800 Mark, und etwa 20 verschiedenfarbige Männerseifentücher, sämtlich mit breiten und schmalen Querschnitten, Wert 2000 Mark. Verdacht, die Tat ausgeführt zu haben, besteht gegen eine Mannsperson, die etwa 28 Jahre alt, 1,70 m groß und mit brauner Mänteljacke mit geschlossenem Kragen und blauer Hose bekleidet gewesen ist. Sie hat den Eindruck eines Schiffsers gemacht und sich am Abend vor der Tat dort auffällig bemerkbar gemacht. Sachdienliche Angaben wolle man der hiesigen Kriminalpolizei umgeben zur Kenntnis bringen.

Fuldas Meiterwerk. Die verlorene Tochter, Lustspiel in 3 Akten, gelangt am Donnerstag, den 14. September, im Hotel Sphära, hier, zur Aufführung. Direktor Bretz aus Dresden bringt lauter bekannte Künstler aus Dresden mit, die dem hiesigen Theaterpublikum schon manch fröhliche und auch erbauliche Stunde bereitet haben.

Eine Obstverkaufsstelle hat die Abteilung Obstbau der Amtshauptmannschaft Großenhain in Verbindung mit dem Bezirksobstbauverein Großenhain in Dreitzsch bei Herrn Junghans, Rottewitzer Straße eingerichtet. Jedoch dieser Einrichtung ist, Obst zu mäßigen Preisen an die Verbraucher abzugeben. Je nach Baumart sind die verschiedensten Tafel- und Wirtschaftsorten in gemischten Qualitäten in großen und kleinen Mengen erhältlich. Die Einwohnerschaft, insbesondere die Kinder, werden gebeten, von dieser Einrichtung, die wirtschaftlich viele Vorteile bietet, regen Gebrauch machen zu wollen. (Siehe auch die diesbezügliche Anzeige in vorliegender Nummer.)

Vom Landtage. In der gestrigen Sitzung des Sonderausschusses für die Vorlage Nr. 113, die Gemeindeordnung betreffend, erklärte Minister des Innern Lipinski, daß die Regierung beabsichtigt, die neue Gemeindeordnung unter den gegenwärtigen Verhältnissen vom Landtage nicht verabschiedet werden könne, denn eine sachliche Weiterberatung sei nach Überzeugung der Regierung bei der gegenwärtigen politischen Konstellation unmöglich. Die Regierung werde aber die bisher vom Ausschuss gefassten Beschlüsse, soweit sie für sie tragbar und mit der Tendenz der Vorlage vereinbar seien, sowie deren logischen Aufbau nicht gefährden, in die Vorlage hineinarbeiten, damit sie so dem neuen Landtage vorgelegt werden könne. Der Ausschuss war einhellig der gleichen Meinung, daß eine sachliche Weiterberatung vor der über die Auflösung des Landtages entscheidenden Wennerfagung am Donnerstag keinen Zweck habe und vertagt sich sofort wieder.

Transportarbeiterstreik. Der Streik der Transportarbeiter beschränkte sich bisher nur auf bestimmte Bezirke Sachsens. Seit Montag früh sind nun die Transportarbeiter in den bisher vom Streik noch nicht ergriffenen Orten ausgesperrt worden. Dieser Kampf muß einen großen Teil der übrigen Arbeiterkraft in Mitleidenschaft ziehen, weshalb zu wünschen ist, daß hier recht bald eine Verständigung herbeigeführt wird.

Sozialdemokratische Landtagskandidaten in Sachsen. Wie verlautet, ist als Vizepräsident der Fraktion vorstehende und Stadtvorstandsvorsteher Abg. Borch in Aussicht genommen. Ihm folgen u. a. Justizminister Dr. Reigner, Frau Abg. Büttner, Abg. Günther (Pulsnitz), Abg. Schombor und Abg. Bethke. An späterer Stelle der Liste findet sich auch der Name des Landtagspräsidenten Großdorf.

Antrag auf vierteljährliche Gehaltszahlung. Der deutschnationale Abgeordnete Höder beantragt, die Regierung zu ersuchen, den sächsischen Staatsbeamten, die ein Poltschekonto oder bei einer Bank ein Konto innehaben, von jetzt ab, erstmalig am 1. Oktober, das Gehalt in Vierteljahresraten auszahlen zu lassen, wie das bei den Reichsbeamten schon längst eingeführt ist.

Keine Einstellung der Personen-Schiffahrt. Verhandlungen zwischen Vertretern der Staatsregierung und der Sächsisch-Böhmischen Dampfschiffahrtsgesellschaft führten zu dem Ergebnis, daß der Personen-Schiffahrtsbetrieb auch nach dem 17. ds. Mts. auf der ganzen Strecke von Leitmeritz bis Mühlberg verkehrsweg weitergeführt wird. Außer dem bereits veröffentlichten Fahrten wird am Donnerstag, den 14. ds. Mts., noch ein Dampfer früh 7.35 Uhr von Dresden nach Riesa, und ab Riesa nachmittags 3.30 Uhr zurück nach Meißen, sowie am nächsten Tage früh 7 Uhr von Meißen nach Dresden verkehren.

Rechtsmietengesetz. Höchstrenten. Die Verordnung „Rechtsmietengesetz, Höchstrenten“ vom 17. August 1922 hat infolge aufregehender Ueberlieferungen und verkürzter Inhaltsangaben in einigen Zeitungen beim Publikum sonderbarer Weise den Irrtum erweckt, als sollten die gesetzlichen Mieten schon jetzt erhöht werden, oder als sollten die gesetzlichen Mieten erst am 1. Januar in Kraft treten, weil die notwendigen Unterlagen noch nicht beschafft seien, um schon zum 1. Oktober die gesetzlichen Mieten feststellen zu können. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß die Verordnung an dem Inkrafttreten von den Gemeindebehörden festgesetzten gesetzlichen Mieten zum 1. Oktober nicht rührt, sondern die Gemeindebehörden nur anweist, die Unterlagen für eine zukünftige Festlegung der Rahmrenten rechtzeitig zu beschaffen.

Rundfrage über hygienischen Unterricht in den Schulen. Das Kultusministerium hat eine Bitte des Landesausschusses für eine hygienische Volksbelehrung um Herausgabe eines Fragebogens an die Schulen in Sachsen, durch den ein Einblick in die bestehenden Verhältnisse (wie Unterricht in Gesundheitslehre, dessen Verteilung auf die Klassenstufen, vorhandene Schulgesundheitschriften, Anschauungsmittel, hygienische Ausbildung der Lehrer) erlangt werden soll, dadurch unterstützt, daß die Schulleitungen zur Beantwortung dieser Fragen in Einvernehmen mit den Lehrern veranlaßt hat. Die Rundfrage wird bei dem Interesse der Lehrerschaft für die Gesundheitspflege sicher ein außerordentlich interessantes Ergebnis zeitigen, über das feinerzeit berichtet werden soll.

Renovierung auf dem Gebiete der Grund- und Umfassungssteuer. Der 1. Oktober ds. J. wird für Sachsen eine nicht unwichtige Renovierung auf dem Gebiete der Grund- und Umfassungssteuer bringen. Um dem von der Reichsfinanzverwaltung geleiteten Ziele der

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 1598 Mark.

einheitlichen Verwaltung aller Reichssteuern durch die Reichsfinanzverwaltung näher zu kommen, wird an diesem Tage die Verwaltung der Grunderwerbsteuer und der Umsatzsteuer, soweit sie bisher den sächsischen Gemeindebehörden oblag, auf die Finanzämter übergeben. Nur in Dresden, Chemnitz, Leipzig und Plauen werden beide Steuern — in Joldau allein die Umsatzsteuer — noch weiter von den Stadträten verwaltet, da hier aus technischen Gründen die Ueberleitung vorläufig noch nicht möglich war.

Die polizeiliche Ausbildung der Landespolizeibeamten. Am 29. August 1922 fand bei den in Reihen neu eingerichteten Volkshochschulen der Landespolizei die erste Abschlussprüfung statt, zu der Einladungen an die Staatsregierung, die Kreisbauhauptmannschaften sowie an andere Polizeibehörden des Landes einschließlich der Landgendarmarie ergangen waren. An der Prüfung nahmen 87 Bewerber teil, die sämtlich die Prüfung bestanden. Geprüft wurde durch Fachlehrer auf den verschiedenen Gebieten des Polizeiwesens (Kriminalwesen, Straßenpolizei, Verkehr mit dem Publikum und Ähnliches). Am Schluß fanden sportliche Vorführungen statt. Der Präsident der Landespolizeiverwaltung, Dr. Wolow, wies am Ende der Prüfung die Polizeianwärter auf die schwere und verantwortliche Stellung der Polizeibeamten hin, die infolge ihres Dienstes mehr als die meisten anderen Beamten der Kritik des Publikums unmittelbar ausgesetzt seien. Als das Besondere dieser Prüfung betonte er, daß die diesmal geprüften Anwärter die ersten Beamten der Landespolizei seien, die, ohne eine vorherige militärische Dienstzeit hinter sich zu haben, lediglich rein sachmännlich für ihren zukünftigen Beruf vorgebildet seien. Sie hätten die Pflicht, der Gesamtheit des Volkes zu dienen und müßten daher alles daran setzen, sich als Helfer und Freunde des Publikums dessen Vertrauen zu erwerben.

Besteuerung der Jäger. Sachen beabsichtigt aus wirtschaftlichen Gründen hat der Jagdgesetz eine Jagdsteuer einzuführen, weil sonst die Gefahr einer Verschärfung des Jagdgesetzes bestände. Mit Rücksicht hierauf ist ein Gesetzentwurf ausgearbeitet worden, wonach die Besitzverbände und befristeten Gemeinden eine Steuer auf Ochsen, Esel, Pferde, Maultiere und Kaultiere zu erheben haben, es sei denn, daß diese Tiere nachweislich nicht zum Ziehen auf öffentlichen Wegen verwendet werden. Als Steuerfuß ist für ein Pferd 500, für jedes andere Jäger 300 Mark im Jahr in Aussicht genommen, doch können diese Sätze bis auf dreifache erhöht werden.

Strolche. Am Neubau der Keramikwerke fiel am Sonnabend vormittag ein Arbeiter von Woblan vom Gerüst und zog sich schwere Verletzungen am Oberkörper und Kopf zu. Er wurde von der hiesigen Samariterabteilung mittels Krankenwagen nach seiner Wohnung geschafft.

Weihen. Bei der sächsischen Sparkasse soll die Zins- und Gehaltenerhebung infolge der immer mehr steigenden Betriebskosten geändert, der Zinsfuß für Hypotheken von 5 auf 6 Prozent, bei Handdarlehen von 6 auf 7 Prozent erhöht werden, für die von der Sparkasse bei der Girokasse eingeleigten Gelder auf 4 Prozent, die Miete für die Schließfächer um etwa 100 Prozent, die Depotgebühr für Wertpapiere von 1/2 auf 1 für 500 Mark. Man erhofft hiervon eine Mehreinnahme von 227.400 Mark und damit das Gleichgewicht der Kasse.

Coswig. Hier haben verschiedene Firmen und Privatpersonen an die Gemeindefasse Abfindungssummen in Wohnungsangelegenheiten bezahlt, so daß der Gemeinde insgesamt 51.700 Mark zur Verfügung stehen, die zur Behebung der Wohnungsnot anderweit Verwendung finden sollen. Der Gemeinderat hat beschlossen, diese Summe dem Finanz- und Wohnungsausschuss zur selbständigen Verwendung bei Beschaffung von neuen Wohnungen zu überlassen.

Döbeln. Die hiesige Straßenbahn (Werdebetrieb) wird am nächsten Sonnabend nach genau dreißigtägigem Bestehen den Betrieb einstellen. Der Betrieb ist zu unrentabel geworden und das fortgesetzte Herausheben der Fahrpreise vermochte der Erhöhung der Preise für Futter, Oel, Wasser, Licht und Feuerung, der Steigerung der Löhne und Unkosten nicht mehr zu folgen. Den monatlichen Einnahmen von rund 35.000 Mark standen Ausgaben in doppelter Höhe gegenüber.

Böbau. Verhaftet wurden hier von der Schuhmannschaft kurz vor ihrer Abfahrt zwei Jüglinge der Anhalt Marienhof in Dresden, die vorher durch Einbruch bei der Handelsfrau Anna Wille, hier, 61.000 M. in Mark und Kronen entwendet hatten. Das Geld wurde wiedererlangt.

Schirgiswalde. In der Stadtgemeinderats-Sitzung wurde mitgeteilt, daß die Wahl des Landtagsabgeordneten Klein zum Bürgermeister von der Amtshauptmannschaft bestätigt worden ist.

Rechen. Unter dem Verdacht, die mit Getreide gefüllte Feldscheune der Frau Gutschke in Dedit in Brand gesteckt zu haben, wurde der in ihrem Dienst stehende Schweizer W. verhaftet. Sowohl das nach dem Brande an ihm beobachtete scheue und unruhige Wesen als auch besonders die ihn schwer belastenden bestimmten Aussagen einer von der Kriminalpolizei zu Leipzig herbeigerufenen Welschlerin führten zu seiner Festnahme.

Grüma. Ueber die Versorgung der Bevölkerung des Bezirks mit Herbstkartoffeln sind in der hiesigen Amtshauptmannschaft Vereinbarungen zwischen den Verbraucherorganisationen und dem Landbund getroffen worden. Der Vorstand der Landwirte-Organisation im Bezirk Grüma hat sich bereit erklärt, die erforderlichen Mengen Kartoffeln durch seine Mitglieder auszubringen. Der Bezirksausschuss wird die Versorgung vermitteln. Der Verkauf geschieht zum jeweiligen Marktpreis.

Orel. Die Gemeinderatswahlen stellen hier einen glänzenden Sieg der bürgerlichen Einheitsliste dar. Die Forderung der Sozialdemokraten, durch die zwangsweise Eingemeindung einer Anzahl Ortschaften der Umgegend mit meist sozialdemokratischer Mehrheit zum Orte zu gelangen, hat sich nicht erfüllt. Man hatte erwartet, daß die bürgerliche Mehrheit in Orel gebrochen werden könnte. Diese Erwartung ist nicht in Erfüllung gegangen. Die bürgerliche Mehrheit ist härter als zuvor.

Vermischtes.

Weltumsegelung. Die Nacht „Altra“ ist Montag abend nach vollendeter Weltumsegelung in Karlskrona wieder angelangt. Sie hatte Karlskrona am 25. September 1920 verlassen.

Eine wichtige Entdeckung. Wie die Agence Havas wissen will, hat Dr. Pierre Emile Roux in der Medizin aller Pflanzen Kobalt und Nickel gefunden.

Der Schnellzug Toulouse — Bayonne entgleist. Wie die Pariser Blätter aus Bayonne melden, ist der Schnellzug Toulouse — Bayonne, 5 Kilometer von Bayonne entfernt, infolge falscher Weichenstellung entgleist. Die Lokomotive, der Tender und ein Güterwagen seien in einen Kanal gestürzt. Durch die Gefährdung des Lokomotivführers, der Segendampf gab, sei ein schweres Unheil verhütet worden.

Zum Untergang des Dampfers „Damonion“. Nach den neuesten Meldungen erscheint noch nicht als ganz sicher, ob bei dem Untergang des Dampfers

„Damonion“ tatsächlich sämtliche Passagiere und Mannschaften gerettet werden konnten; die Namen einiger Passagiere fehlen noch. Das Hamburger Vossagebüro der Hamburg—Amerika-Linie ist noch mit der Sammlung von Namen aus den verschiedensten Häfen als gerettet gemeldeter Passagiere beschäftigt. Der Kapitän der „Damonion“ landete Dienstag in Southampton und wird sich so schnell als möglich zur Berichterstattung nach Hamburg begeben. — Nach einer Londoner Meldung sollen 18, nach einer Pariser Meldung sogar 100 Menschenleben bei dem Schiffuntergang zu beklagen sein. Die Madrider Blätter melden aus Vigo, der Schiffbruch des deutschen Dampfers „Damonion“ sei darauf zurückzuführen, daß die Pulen des Kohlenraumes schlecht geschlossen waren und infolgedessen Wasser in das Schiff eindrang. Als der Kapitän sich davon überzeigte, daß eine Bekämpfung des eindringenden Wassers unmöglich war, steuerte er das Schiff nach Vigo und forderte drahtlos Hilfe. 70 Meilen von Vigo sank der Dampfer. Die ersten zu Wasser gelassenen Boote schlugen um. Dabei sollen etwa 50 Personen ertrunken sein.

Schnee in Frankreich. Nach einer Havas-Meldung aus Perpignan ist vorgestern in dem gestrigen Teil des Departements den ganzen Nachmittag über Schnee gefallen.

Verkraterter Zuckermacher. Wie der „Berl. Volksanzeiger“ aus München meldet, ist ein Kaufmannsbeipaar in Dachau, das große Mengen Zucker eingelagert hatte, um sie später zu Wucherpreisen wieder zu verkaufen, vom Zuckergerichte zu 6 und 3 Monaten Gefängnis sowie Geldstrafen von 75.000 und 35.000 Mark verurteilt worden. Der noch nicht verkaufte Zucker wurde beschlagnahmt, ebenso der übermäßige Verkaufsgewinn.

Nach dem Genuss von Pferdekadaverfleisch sind in Altona in 14 Haushaltungen insgesamt 46 Personen unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Todesfälle sind bisher nicht gemeldet worden.

Der Kongress der Taubstummen. Die Vertreter von 40.000 Taubstummen aus ganz Italien haben sich zu dem ersten Nationalkongress der italienischen Taubstummen in Rom vereinigt. Bei der Versammlung wurden lange und sehr bereidete Reden gehalten, bei denen sich die romanische Begegnung für die Gebärdensprache in bestem Licht zeigte, aber in dem Kongresssaal herrschte dabei das tiefste Schweigen. Die Sprecher benutzten nur ihre Finger, und kein Ton wurde vernommen. Der Kongress beschäftigte sich hauptsächlich mit Erziehungsfragen und forderte, daß alle Taubstummen zum Besuch einer Taubstummenhause von Staatswegen gezwungen und dort unentgeltlich unterrichtet werden sollten.

90 Willeneindrücke aufgeklärt. Der in Erfurt verhaftete Einbrecher August Popp gelang, seit seiner im September 1920 erfolgten Entlassung aus dem Gefängnis im ganzen 90 Willeneindrücke, u. a. 15 in Heidelberg, 7 in Koburg, 3 in Eisenach, 11 in Erfurt usw. verurteilt zu haben. Nach seiner Angabe hat er dabei Gegenstände im Gesamtwert von 2 1/2 Millionen Mark erbeutet. Er hat 21 Personen als Helfer genannt, die zum Teil schon verhaftet wurden.

Eine Buchhalterin überfallen. Montag nachmittag wurde eine Buchhalterin in der Rigaer Straße in Berlin von einem unbekannten Manne angefallen und in einen Hausflur geschleppt. Er raubte ihr die Aktentasche mit einem Inhalte von 80.000 Mark. Der Täter scheint die Buchhalterin auf dem Balkone beobachtet zu haben, wo sie das Geld abgehoben hatte. Er wurde von ihr und Schutzpolizisten verfolgt, die ihn verhafteten. Das Geld konnte der Ueberfallenen wiedergegeben werden.

Kunst und Wissenschaft.

Paderewski Rückkehr in den Konzertsaal. Nach seinem Auszug in das Gebiet der hohen Politik, der ihn für kurze Zeit auf den Präsidentenstuhl von Polen brachte, hatte sich der berühmte Pianist Paderewski großem ins Privatleben zurückgezogen und feierlich erklärt, er werde niemals wieder in der politischen Arena und im Konzertsaal erscheinen. Aber die Verhältnisse sind augenblicklich härter als er. Die Verhältnisse in Genf, wo er den Sitzungen des Völkerbundes beizuwohnt, mittelste, wird sich Paderewski schon im Oktober auf eine große, mehrere Wochen dauernde Konzerttournee nach Amerika begeben. Der Grund für diese plötzliche Willensänderung ist hauptsächlich in der allmählichen Valuta zu suchen, die zwischen Dollar und polnischer Mark einen allzu großen Abstand geschaffen hat.

Dresdner Landgericht.

Wegen Betrug war der 28 Jahre alte Kaufmann undormalige Inhaber der Altonaer Fischhändler der Scheffelstraße (nicht Webergasse) Michael Alexander Winkelmann zur Anzeige gekommen, weil er unter der Woge kleine Gewichte, bezw. Weistücken angebracht habe und so die Käufer dadurch schädige. Bei einer vorgenommenen Prüfung wurden tatsächlich vier Weistücken im Gewicht von angeblich 17 Gramm vorgefunden und daraufhin ein Strafbesehl in Höhe von 500 Mark erlassen worden, gegen den er Antrag auf gerichtliche Entscheidung stellte. Das Schöffengericht erhöhte in der Sitzung vom 10. Juli die Strafe auf zwei Wochen Gefängnis. Hiergegen legte Winkelmann Berufung ein, die vierte Ferienkammer wandelte die zwei Wochen Gefängnis in 2000 Mark Geldstrafe um. In der Verhandlung bestritt Winkelmann betrügerische Absichten, er habe nur die Käufer täuschen und lediglich den Anschein erwecken wollen, als gebe er reichlich, denn er habe die Waage immer ordentlich heruntergehen lassen. Kaufmann und Wagenbaumeister Rabeberg eritattete ein sehr ausführliches Gutachten, er gab an, daß neunzig Prozent aller Wagen unrichtig geben und nicht stimmen und daß ein ebenso hoher Prozentsatz von Geschäftleuten sich durch Unterlegen von kleinen Gewichtsstücken auf diese Weise zu helfen suchte, um beispielsweise hohe Reparaturkosten zu sparen. Die Angaben des Sachverständigen, daß 90 Prozent aller Wagen falsch gehen, verurteilte im Gerichtssaal erhebliches Aufsehen.

Deutschlands Ausverkauf vor Gericht. Gegen einen Strafbesehl in Höhe von einer Million M. hatte der 28 Jahre alte, in Leipzig wohnhafte Kaufmann Joseph Troschub Einspruch erhoben, so daß sich das Dresdner Schöffengericht mit der Angelegenheit zu beschäftigen hatte. Es dreht sich um folgenden Sachverhalt: Troschub besitzt mit Wild und Geflügel die Märkte, er war vor einigen Wochen nach Dresden gekommen, kaufte verschiedene Sachen im Gesamtwert von fast 60.000 M. auf, unter denen sich auch ein Damenmantel befand, den er bei der Firma Renner für 12.500 M. erworben hatte. Diesen Mantel veräußerte Troschub an den in Leipzig wohnhaften, 1890 geborenen Maschinenkloffer Emil Robert Krombold, der sich zur Erholung in einem Dresdner Hotel befand, sofort für 88.000 M., während er die übrigen Sachen angeblich zum eigenen Gebrauch mit nach Böhmen nehmen wollte. Troschub wurde abgefaßt, die ganze Angelegenheit kam dadurch zur Kenntnis der Behörde. Wegen Unsicherheitsdruckes erhielt Troschub einen Strafbesehl in Höhe von insgesamt 97.500 M., und wegen Vergehens gegen die Weistreiberverordnung einen solchen von 25.000 M. angefaßt. Krombold erhielt einen Strafbesehl über 80.000 M., beide beantragten gerichtliche Entscheidung. Gegen Krombold wird später verhandelt, er machte geltend, eine Ausfuhr komme nicht in Frage, er wolle in Sachsen ein Grundstück erwerben und sich hier niederlassen.

Das Schöffengericht verurteilte Troppschuß zu einem Monat Gefängnis und 250000 M. Geldstrafe, billigerweise zu einem weiteren Jahr Gefängnis wegen Uebertretung der Ausfuhrbestimmungen, und ferner wegen Verabens gegen die Preisstreibeiverordnung zu anderweit 25000 M. Geldstrafe. Der beim Verkauf des Mantels erzielte Uebergewinn von 25500 M. wird eingezogen, und die sämtlichen beschlagnahmten Sachen dem Staat als für verfallen erklärt. Gegen dieses Urteil wurde sofort Berufung eingelegt.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 13. September 1922.

Krawalle in Bosphorus.
 * Sochim. Gestern morgen kam es auf dem Moskumarkt zu einem Menschenauflauf. Unruhen wurden durch Eingreifen der Schupo verhindert. Des Verhaltens der Polizei wurde von linker Seite dazu benutzt, die Mittagszeit auf Schacht „Präsident“ zum Festen zu veranlassen. Am Nachmittag sammelte sich eine Menge von 4-5000 Menschen auf dem Moskumarkt an, um gegen die Teuerung zu demonstrieren. Im Laufe der Versammlung wurde ein vorbeikomender Schuppolyist bedrängt. Da in der Menge auch Gerüchte umliefen, daß Unruhen beabsichtigt seien, löbte eine Abteilung Schuppolyisten den Markt. Auch an der Brückstraße kam es zu Menschenaufläufen, die sich aber wieder verließen. In Zusammenhängen ist es nicht gekommen, Unruhen haben nicht stattgefunden.

Das Abrüstungsproblem.
 * Genf. In einer längeren Debatte führten in der jetzigen Nachmittags-Sitzung des Völkerbundes-Ausschusses für Abrüstungsbeschränkungen (8. Ausschuss) die Entschleunigungswürde Sir Robert Cecil über einen gegenseitigen Garantievertrag. Es handelt sich dabei weder um den Entwurf eines Abkommens, noch um einen formellen Antrag an den Rat, sondern einfach um die Aneinanderreihung von unverbundlich formulierten allgemeinen Grundrissen. Nichtsdestoweniger wurde fast um jedes Wort gerungen. So entspann sich eine endlose Aussprache über § 1 der Entschleunigung, der folgenden Wortlaut hat: Kein Staat für Abrüstungsbeschränkungen kann wirksamen Erfolg haben, solange er nicht allgemein wird. Man einigte sich schließlich auf folgende Lösung: Die Beschränkung der Abrüstungen kann nur wirksam sein, wenn sie allgemein ist. § 2 des Entwurfs, nach dem bei dem gegenwärtigen Weltzustande die meisten Regierungen die Verantwortung für eine Abrüstungsbeschränkung nur gegen ausreichende Garantien für die Sicherheit ihrer Länder auf sich nehmen können, fand grundsätzliche Zustimmung. Außerordentlich lebhaft aber gestaltete sich die Debatte über § 3, der den Garantievertrag behandelt. Der Kampf ging um folgende Fragen: 1. Ob der Garantievertrag alle Länder umfassen oder ob er sich auf eine geringe Anzahl von Staaten beschränken soll. 2. Was ist primäre Abrüstung oder Garantievertrag? In beiden Fragen legte sich der Standpunkt des französischen Delegierten de Juvenel durch, der sich Sir Robert Cecil stark genähert hatte und der nur von den Skandinavieren, besonders von Lange (Norwegen), bekämpft wurde. Der norwegische Delegierte sah in einem beschränkten Garantievertrag eine Seite gegen andere Mächte und befürchtete vor allem, daß trotz der Abrüstungsbeschränkungen ein Bündnispolitik getrieben und der Abrüstungsvertrag sich zu einem Abrüstungspakt entwickeln werde. De Juvenel stellte dem-

gegenüber die These auf, daß zwar die Abrüstung, aber nicht der Garantievertrag allgemein werden müsse. Länder, die an ihm nicht teilnehmen wollten, könnten ihm fernbleiben, wie es ja auch Länder gebe, gegen die man keine Garantie bedürfte. Man brauche jedoch Garantien gegen Staaten, die eine Gefahr bedeuteten, und je größer diese Gefahr sei, um so größer müsse auch die Garantie sein. § 3 und auch § 4 des Entwurfs wurden schließlich, obgleich die Annahme der darin ausgesprochenen Grundriss verbindlich ist, auf französischem Antrag einem Unterausschuss zur endgültigen Aufstellung des Textes überwiesen.

Die Lage im Orient.
 * Paris. Nach einer Meldung aus Angora schreibt die Zeitung „Le Figaro“: Wir sind bereit, Verhandlungen zu eröffnen, aber nicht in Venedig, sondern in Smyrna.
 * London. Reuter meldet: Die Nachricht, daß neue britische oder indische Truppen nach Mesopotamien geschickt worden seien, ist unrichtig.
 * Maila. Das 2. Bataillon des 2. Suffreg-Regiments hat Befehl erhalten, sich an Bord eines Transportdampfers nach Konstantinopel einzuschiffen.
 * Konstantinopel. Zwei französische Kompanien sind in Mudania gelandet, um die Ordnung in der Stadt aufrecht zu erhalten.
 * Paris. Wie die „Chicago Tribune“ meldet, ist der frühere griechische Ministerpräsident Venizelos in Paris eingetroffen. Man erwartet, daß er mit Poincaré eine Besprechung haben und sich dann nach London begeben werde, um mit Lloyd George zu verhandeln. — Nach einer Panas-Meldung aus Athina haben die Seestreitkräfte der Allierten, die im Augenblick der Besetzung von Smyrna gelandet waren, die Stadt wieder verlassen.
 * London. Wie die „Daily Mail“ meldet, haben die Allierten der türkischen Regierung eine Note überhandelt, in der die Warnung wiederholt wird, daß jedem Versuch der Türken, in Thrakien einzudringen, Widerstand entgegengesetzt werden würde.
 * Konstantinopel. Brussa ist gestern endgültig von kemalistischen Truppen besetzt worden. Die griechischen Truppen wurden nach Adosfo zurückgenommen.
 * Genf die Fortsetzung von Genau.

Genf die Fortsetzung von Genau.
 * London. In einem „Abklärung“ überschriebenen Leitartikel sagt „Daily Chronicle“, wenn Lloyd George nach Genf gehe, würden Poincaré für Frankreich und wahrscheinlich auch Chamberlain für Italien sich ebenfalls dorthin begeben. Auf diese Weise werde Genf die Fortsetzung von Genau sein. Man hoffe jedoch, daß in Genf eine neue, heißere Atmosphäre herrschen werde. Man beginne die Genfer Konferenz auf einem zu einem gewissen Maße bereits gebneten Boden.
 * London. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt zu dem Beschlusse der belgischen Regierung, die Forderung, daß Deutschland sechsmonatige Schatzscheine geben und eine Goldreserve deponieren solle, sei gleichbedeutend mit überhaupt keiner Kampagne; im Gegenteil, es werde auf Zahlung von Deutschland bestanden in einer Form, die für Deutschland selbst drückend sei und seine finanzielle Stabilität aufs Dürchste schädige. Wenn, wie es wahrscheinlich ist, Deutschland seine Unfähigkeit erkläre, die belgischen Forderungen zu erfüllen, so müsse die Angelegenheit an die Reparationskommission zurückverwiesen werden. Wenn die Kommission einen vorläufigen Vertrag erkläre, so werde es Sache der Alliierten sein, zu entscheiden.

Die Krise wieder da.
 * London. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt zu dem Beschlusse der belgischen Regierung, die Forderung, daß Deutschland sechsmonatige Schatzscheine geben und eine Goldreserve deponieren solle, sei gleichbedeutend mit überhaupt keiner Kampagne; im Gegenteil, es werde auf Zahlung von Deutschland bestanden in einer Form, die für Deutschland selbst drückend sei und seine finanzielle Stabilität aufs Dürchste schädige. Wenn, wie es wahrscheinlich ist, Deutschland seine Unfähigkeit erkläre, die belgischen Forderungen zu erfüllen, so müsse die Angelegenheit an die Reparationskommission zurückverwiesen werden. Wenn die Kommission einen vorläufigen Vertrag erkläre, so werde es Sache der Alliierten sein, zu entscheiden.

Wilde Sanftmuthen erzwungen werden können. Nur, die Krisis, die man für überwunden hielt, sei wieder da. Es sei jedoch noch zu früh für Pessimismus, da man immer noch einen Ausweg gefunden habe.
 * London. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet, in Paris erhalte sich hartnäckig das Gerücht, daß sich Vertreter britischer und holländischer Banken vielleicht nach Paris begeben werden, um mit der Reparationskommission zu beraten, um einen Weg zur Umwandlung der deutschen Schuld an Belgien in einer mehr sommerzeitlichen Form zu finden.
 * Wahlen in Amerika.
 * Portland. Montag wurden im Staate Maine die Wahlen für den Kongreß der Vereinigten Staaten vorgenommen, die den allgemeinen Wahlen seit um zwei Monate vorausgehen pflegen und deren Ergebnis stets als Vorzeichen für die Ergebnisse der allgemeinen Wahlen angesehen wird. Das Ergebnis liegt aus drei Vierteln des Staates vor. Die Demokraten erzielten 5000 Stimmen mehr als 1920, die Republikaner 20000 Stimmen weniger; jedoch sind die republikanischen Mitglieder des Repräsentantenhauses wiedergewählt worden.

Volkswirtschaftliches.
 * Neue Eisenpreiserhöhung. Am Montag tagte im Deutschen Stahlbund die aus Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber bestehende Richtpreis-Kommission zum Zweck der Preisregelung für die zweite Dekade des Monats. Nach ausführlicher Erörterung der Marktlage und aller wirtschaftlichen Verhältnisse wurden die bei der letzten Preisregelung unberücksichtigt gebliebenen Verzerrungen einerseits und andererseits die in der Zwischenzeit erfolgte Besserung des Marktkurses in Rechnung gestellt. Man verständigte sich alsdann auf eine mäßige Erhöhung der Stabelfenpreise, und zwar von 2780 M. Die Preise für die übrigen Erzeugnisse sollen im gleichen Verhältnis geregelt werden. Es ergaben sich danach folgende Verkaufspreise für Lieferungen in Thomasstahlgüte mit befannter Frachtarundlage, die für die Zeit vom 11. bis einschließlich 20. September gelten: Rohblöcke 34370 M., Formeisen 46380 M., Knüppel 39530 M., Blatzen 40660 M., 50990 M., Bandstahl 54430 M., Walzdraht 50400 M., Grobbleche 5 mm und darüber 52750 M., Mittelbleche 3 mm bis unter 5 mm 59780 M., Feinbleche 1 mm bis unter 3 mm 65570 M., Feinbleche unter 1 mm 69750 M. Der Mehrpreis für Lieferungen in Siemens-Martin-Stahlgüte bleibt für die einzelnen Erzeugnisse in bisheriger Höhe bestehen.
 * Zur Frage der Wiederherstellung des Bankgeschäftes. Die Aufhebung des Depotgesetzes ist anlässlich der letzten Besprechung des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstags gefordert und entsprechend einem Antrag des Zentrums beschlossen worden. In alternativer Zeit wird sich mit dieser Frage nun auch der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigen, der zusammen mit dem wirtschaftlichen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats eine gemeinsame Sitzung für heute Mittwoch einberufen hat, in der die erwähnten Fragen erörtert werden sollen.
 * Lokomotivbauträge für die Linke-Gottmann-Werke. Die lettlandische Eisenbahnerverwaltung hat, der „Latvija“ zufolge, bei den Linke-Gottmann-Werken in Breslau mehrere Lokomotiven bestellt.

3000 Mk. Belohnung

sahle ich demjenigen, der mir die Diebe, die auf meinen Feldern Kartoffeln holen, so nachweist, daß ich selbige gerichtlich belangen lassen kann.

M. Warle, Sobra.
 Die ausgesprochene Verleumdung gegen Herrn Johann Michalsch nehme ich als unwahr zurück. Frau Emilie Häubig, Weida.

Schäferhund
 ausgelassen, abgeholt bei Gebr. Fedvang, Kaiser-Wilhelm-Platz.
 Junges Ehepaar sucht in gut. Daulie v. 1. Oktober oder früher **zwei Zimmer** mit Kochgelegenheit. Offerten unter D U 9420 an das Tageblatt Riesa.

Junges Mann sucht einm. möbl. Zimmer od. Schlafm. mögl. allein. Bettw. kann mitgebracht werden. Off. unt. D R 9417 an Tagebl. Riesa.

Wer vertauscht seine Wohnung
 in Riesa oder Gröba mit ein. schönen Landwohnung. Anfragen unter D S 9418 an das Tageblatt Riesa.

Besseres, freundliches **Ostermädchen**
 zum 1. Oktober für ein 1 1/2 Jahre altes Kind aufs Land gesucht. Zu melden **Goethestr. 53, v.**

Wegen Erkrankung meines Mädchens suche ich per sofort **Aushilfe**
 für häusliche Arbeiten. Frau Albrecht, Gafenschänke Gröba.

Zuche für meine 22 Jahre alte Tochter Stellung als **Wirtschaftsmädchen**
 auf mittlerem Landgut in Umgebu. v. Riesa. Eintritt u. Gehalt nach Uebereinkunft. Beste Offerten unt. D T 9419 an Tagebl. Riesa.

Für 1. Oktober 1922 wird eine erfahrene **Madelarbeitslehrerin**
 gesucht. Persönliche Vorstellung erwünscht. **Schulstraße 1, Riesa.**

Bereinsnachrichten

Turnverein Riesa. Alle Spieler morgen Donnerstag 8 Uhr in der Turnhalle wickt. **Verprechung.**
Müller-Zwangsinnung Großenhain.
 Sonnabend, 16. 9., nachm. 3 Uhr **außerordentliche Versammlung**
 im Zuchenhof. Tagesordnung: Regelung neuer Wahllohn, Verschiedenes.

Hotel Höpfner.
 Donnerstag, 14. Sept., abends 8 Uhr **Gaßpiel der Direktion Selig Betrens**
 mit Mitgliedern des Staatstheaters Dresden anlässlich Fuldas 60. Geburtstag
Die verlorene Tochter
 Lustspiel in 3 Akten von Ludwig Fulda.
 Spielleitung: **Fritz Gerß, Staatstheat. Dresd.**

F. Gaertner, Gröba, Schulstraße 11
 Woll-, Wirk- und Strickwaren
 Herrenwäsche, Trikotasen, Handarbeiten
 Weiss- und Kurzwaren
 Favorit-Album, Schnitte und Bagemuster.

Von heute ab stelle ich einen frischen Transport direkt importierter belg. **Zuchstuten**, 4-6 jährig, teilweise m. Papier, ferner oldenburger Pferde, darunter besond. selten schöne Paare u. sichere Einpänner, zu möglichst billigen Preisen unter voller schriftlicher Garantie zum Verkauf. Aeltere Pferde werden in Zahlung genommen.
Albert Wehlhorn, Pferdehandlung
 Gröba - Telefon 655.

Alteinstehend. Aelterer Herr **sucht Wirtschaftlerin**
 Mitte 50-60, Angeb. unt. D R 9418 an Tagebl. Riesa.

Puppenwagen
 guterb. zu kaufen gesucht. Angebote unter D Y 9421 an das Tageblatt Riesa.

Gasthof Jahnishausen.
 Sonntag, 17. Sept., nachm. 4 Uhr **großes Konzert**
 ausgeführt vom **Ritter-Musikverein Riesa-Gröba**, Mitglied des Verb. Deutsch. Rittervereine, unter Leitung von **J. Simmler**, Obermusikmtr. a. D.
Nach dem Konzert feiner Ball.

Stolz
 können Sie auf Ihre Wäsche sein, wenn Sie **Seifenpulver Schneekönig** verwenden.

Am 11. d. M. verschied aus einem schaffensreichen Leben unser liebes Mitglied **Herr Gustav Knisse**.
Eduard Reinhold Knisse.
 14 Jahre lang hat er in selbstloser und hingebender Treue mit uns gearbeitet und sich um das Wohl der Gemeinde hie und da verdient gemacht. Wir werden seiner immer ehrend gedenken und rufen ihm trauernden Herzens ein herzliches „Gute Nacht“ und „Ruhe sanft“ nach.
Poppis, am 13. Sept. 1922.
Der Gemeinderat.

Unsere liebe, herzengute Mutter **Selma Aurelie verw. Kahle**
 geb. Lange ist nach kurzer Krankheit sanft entschlafen. In großem Schmerze **die trauernden Kinder** zugleich im Namen der übrigen Hinterbl. Gröba, Strebl. Str. 20, 12. Sept. 1922. **Verdigung Freitag nachm. 1 Uhr vom Trauerhause aus.**

Expedit
 verheir., mittl. Alters, bisher i. Fabrik- u. Expeditionsbetrieben in leitender Stellung tätig gewesen, sucht baldmöglichst anderweit ähnliche Posten. Werte Off. erbeten unter D Q 9416 an das Tageblatt Riesa.

Achtung!
 Kaufe jede Menge **lebend. Geflügel** u. zahle je nach Gewicht für **fas. Gänse** v. Stk. M. 75.- bis 200.- für **alte Gänse u. Gänser** pro Stück M. 150.- bis 250.- und mehr für **fas. Tauben** pro Stück M. 25.- bis 30.- für **fas. Enten u. Gänse** Sonderpreise auf Anfr.
F. Hedding, Poppis.
 Tel. Riesa 113.
 2 schwere **Arbeitspferde** zu verkaufen. Angeb. an **C. C. Brandt, Riesa.**

Ein Fernglas zu verkaufen. Zu erfragen im Tageblatt Riesa.
Ein H.-Fahrrad preiswert zu verkaufen **Gröba, Rosenstr. 7.**

Neuer Handwagen ca. 8 Str. Tragf., zu verk. **Reiche, Unterreuthen.**

Zu verkaufen ca. 600 qm **Bretter** gef. u. m. z. 20 u. 24 mm stark, gebraucht, aber guterhalten. Zu erf. **Reichthain, Munitionslager 2.**

Out- und Ball-Blumen
 Federn, Fantasie-Verkost Gold- und Silberfränze, Pinon- und Dafformen **Balmen.**

Güte zum Impressen wird, jeders, angenommen u. schnellstens besorgt bei **Gulda Böttner**
Hauptstraße 25
 Gbd. der Strassenbahn.

Rat für Frauen
 Alle hygien. Artikel, Krapp, Tee, Gummiwaren u. dgl. Anfragen Rückporto erbt. **O. Konietzky, Riesa**
 Revisio 8, Sidonienstr. 24 part. r., Ecke Eisenstraße.

Fahrradgummi
 solange Vorrat reicht, weit unt. **deutigem Tagespreis** **Laufmäntel**
 statt M. 1000.- nur 700.- bis 800.-, alle erkl. Marken, extra prima, statt 1120.- nur 900.-
Schläuche
 statt 330.- nur 240, 200, Reparaturen an Autos, Federn, Schläuchen und **Fahrradmänteln** in un. **sever Dampf-Wasserpumpen** Anhalt wird, schnellstens ausgeführt. **Gummi-Spezial-Vertrieb**

Otto Mühlbach
 Riesa, Bismarckstraße 11, Ecke Schloßstraße.

Erdbeerpflanzen
 schmelzend süße Tafelfort, empfohlen **Alfred Böttner**
 Gartenbaubetrieb **Riesa/Pausitz.**

Apfel und Birnen
 Wld. von 3 bis 5 Mt., verkauft jeden Dienstag, Freitag und Sonnabend von früh 8 bis 8 Uhr abends **Bezirksobverantw.stelle**
 Preisliste, d. Herrn Jungbans, Rottewitzer Straße.

Achtung.
Große Gartenpflanzen zum Sieden verkauft **Georg Müller, Strehla, Fischerstraße 73.**

Pflanzen
 Pfund 3 Mark, verkauft **Striegler, Neuweida**
 Die heutige Nr. umfaßt 4 Seiten.